

Zwei von fünf Deutschen für AfD-Verbotsverfahren

Hamburg, 11. Januar 2024 – Die AfD befindet sich seit Monaten auf einem Stimmungshoch. Der Verfassungsschutz hat die AfD jedoch in drei Bundesländern als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Nun werden vermehrt Stimmen nach einem Parteiverbot laut. Eine aktuelle Umfrage des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Ipsos zeigt, dass 42 Prozent der Deutschen es befürworten würden, wenn gegen die AfD ein Parteiverbotsverfahren eingeleitet würde. Etwa ebenso viele Bundesbürger (42%) sprechen sich allerdings gegen ein solches Verfahren aus.

Vor allem Grünen-Wähler für AfD-Verbot

Am größten ist der Zuspruch für ein Verbotsverfahren bei der Anhängerschaft der Grünen. Unter ihnen sind 71 Prozent der Ansicht, dass gegen die AfD ein Parteiverbotsverfahren eingeleitet werden sollte. Nur jeder fünfte Grünen-Wähler (19%) lehnt ein solches Verfahren ab. Auch die Wählerschaft der SPD (64%) und der Linken (63%) spricht sich jeweils zu fast zwei Dritteln für ein Verbotsverfahren aus.

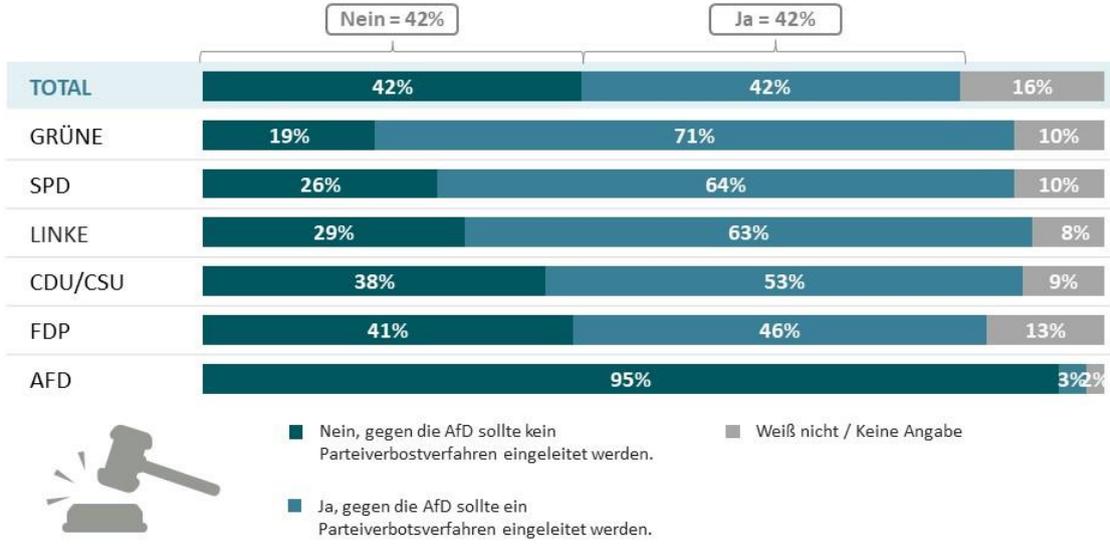
Bei den Anhängern von Union und FDP gehen die Meinungen zu dieser Frage weit auseinander. Unter ihnen würde nur etwa die Hälfte (Union 53%, FDP 46%) ein Verbotsverfahren begrüßen, vier von zehn Unions- (38%) und FDP-Wählern (41%) halten diesen Schritt nicht für angemessen. Erwartungsgemäß sprechen sich fast alle Unterstützer der AfD (95%) gegen ein Verbotsverfahren aus.

Westdeutsche eher für Verbot, Ostdeutsche mehrheitlich dagegen

Deutliche Unterschiede zeigen sich außerdem im Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland. Während im Osten nicht einmal ein Drittel der Befragten (32%) für und eine knappe Mehrheit (51%) gegen ein AfD-Verbotsverfahren ist, sprechen sich im Westen 45 Prozent dafür und nur 40 Prozent dagegen aus.

AfD-Verbot: Geteilte Meinungen zu einem möglichen Verbotsverfahren

Die AfD befindet sich seit Monaten auf einem Stimmungshoch. Der Verfassungsschutz hat die AfD in drei Bundesländern als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Nun werden Stimmen nach einem Parteiverbot laut. Was denken Sie persönlich, sollte gegen die AfD ein Parteiverbotsverfahren eingeleitet werden?



Methode: Quotierte Online-Befragung von 2.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei Bundestagswahl. Im Totalwert sind auch Personen berücksichtigt, die keine der gelisteten Parteien wählen würden. Feldzeit: 05. bis 07. Januar 2024.



Methode

Quotierte Online-Befragung von 2.000 Wahlberechtigten zwischen 18 und 75 Jahren in Deutschland, repräsentativ gewichtet nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Wahlverhalten bei der letzten Bundestagswahl. Die Befragung wurde vom 05. bis 07. Januar 2024 durchgeführt.

Kontakt

Dr. Robert Grimm
 Leiter Ipsos Politik- und Sozialforschung
 robert.grimm@ipsos.com
 Fon: +49 30 3030645 7900



PRESSE-INFORMATION

Über Ipsos

Ipsos ist eines der größten Markt- und Meinungsforschungsunternehmen der Welt mit mehr als 18.000 Mitarbeitenden und starker Präsenz in 90 Ländern. 1975 in Paris gegründet, wird Ipsos bis heute von Forscher:innen geführt. In Deutschland ist Ipsos mit über 500 Mitarbeitenden an fünf Standorten präsent: Hamburg, Berlin, München, Frankfurt und Nürnberg.

Die Expert:innen in Forschung und Analyse verfügen über das breite Know-how von Multi-Spezialist:innen, das tiefe Insights in Handlungen, Meinungen und Motivationen erlaubt und so ein wahres Verständnis von Gesellschaft, Märkten und Menschen vermittelt.

Ipsos hat die große Bandbreite von Lösungsansätzen in 13 Service Lines zusammengefasst und unterstützt damit über 5.000 Kunden weltweit.

Ipsos ist seit dem 1. Juli 1999 an der Euronext in Paris notiert. Das Unternehmen ist Teil des SBF 120 und des Mid-60 Index und hat Anspruch auf den Deferred Settlement Service (SRD).

ISIN code FR0000073298, Reuters ISOS.PA, Bloomberg IPS:FP

www.ipsos.de | www.ipsos.com

Auszug aus dem Fragebogen

Die AfD befindet sich seit Monaten auf einem Stimmungshoch. Der Verfassungsschutz hat die AfD in drei Bundesländern als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Nun werden Stimmen nach einem Parteiverbot laut. Was denken Sie persönlich, sollte gegen die AfD ein Parteiverbotsverfahren eingeleitet werden?

- (1) Nein, gegen die AfD sollte kein Parteiverbostverfahren eingeleitet werden.
- (2) Ja, gegen die AfD sollte ein Parteiverbotsverfahren eingeleitet werden.
- (98) Weiß nicht
- (99) Keine Angabe

Angenommen, Sie würden teilnehmen, welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

Gemeint ist die Zweitstimme, also die Stimme, die über die Stärke der Parteien im Bundestag entscheidet.

- (1) SPD
- (2) CDU
- (3) CSU
- (4) Bündnis 90/Die Grünen
- (5) FDP
- (6) AfD – Alternative für Deutschland
- (7) Die Linke
- (8) Andere Partei, und zwar _____

- (95) Würde ungültig wählen
- (96) Würde keine Zweitstimme abgeben
- (98) Weiß nicht
- (99) Keine Angabe